

Prognose als Geschichte

THESEN ZUR GEDENKSTÄTTENARBEIT, 10 JAHRE SPÄTER

Frank Dingel

Durch die Wende hat sich die Gedenkstättenarbeit in Deutschland sehr stark verändert. Zwei unterschiedliche Sichtweisen, die sich zuvor auf diplomatischem Parkett begegnet sind, wurden über Nacht in einer Nation vereint.

Frank Dingel hat während des bundesweiten Gedenkstättenseminars in Lehnitz im Dezember 1991 hierzu einige Thesen aufgestellt, die im GedenkstättenRundbrief Nr. 57/1992 abgedruckt sind.

Eine Aussage lautete, dass die Zeit von 1949 bis 1990 als Vorgeschichte des wiedererstarkten Nationalstaates Deutschland gesehen wurde. Das habe zur Folge, dass der essenzielle Zusammenhang zum »Dritten Reich« verblasen werde. Die hier vorherrschenden ideologischen Strömungen Totalitarismus, Nationalismus und Fundamentalismus würden in ihrem Kontext auch eine schleichende Rehabilitierung faschistischen Denkens mit sich bringen.

In den Ausführungen Frank Dingels über die Konsequenzen für die Gedenkstättenarbeit lautete die zentrale These: »Die Einmaligkeit des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen darf nicht länger nur beschworen, sondern muss konkret begründet werden.« Es stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise sich die angestellten Überlegungen nach den ersten Erfahrungen mit der Gedenkstättenarbeit im vereinten Deutschland fast zehn Jahre später in ihrer Entwicklung und Bedeutung darstellen.

Savoir pour prévoir, wissen um vorherzusehen, so beschrieb Auguste Comte eine der Hauptaufgaben der Gesellschaftswissenschaft. Nun ist es zweifellos unerlässlich, für den praktischen Politiker ebenso wie für den theoretisierenden Wissenschaftler, Entwicklungstendenzen zu erfassen und sich darauf einzustellen. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, dass niemand sicher sein kann, alle relevanten Faktoren erfasst und richtig gewichtet zu haben. Einen zehn Jahre alten Text, der die Zukunft der Gedenkstätten nach der Wende thesenartig zu beschreiben suchte, nimmt man daher mit einem gewissen bänglichen Gefühl wieder zur Hand, da die Geschichte sich womöglich als strenge Richterin des eigenen Urteilsvermögens erweisen könnte. Das Wiederlesen kann aber auch eine tröstende Funktion haben, wenn es sich, wie bei den Thesen, um eine eher pessimistische Prognose gehandelt hat. Kassandras Problem war ja nicht, dass ihre Prophezeiungen nicht eingetreten wären, sondern dass man ihr nicht geglaubt hat. Umgekehrt wäre es ihr wahrscheinlich lieber gewesen.

Im Folgenden sollen nun nicht die Aussagen von 1991 buchhalterisch mit der Situation heute verglichen, sondern einige Probleme benannt werden, die sich aus der Entwicklung der letzten 10 Jahre ergeben haben. Als erstes fällt ins Auge, dass sich die Befürchtung, mit der so genannten Wiedervereinigung habe sich auch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erledigt, weil der legitimatorische Bezug beider deutschen Staaten – ihre Abgrenzung zum »Dritten Reich« – nun durch einen neuen – die Vereinigung durch die »friedliche Revolution« – ersetzt worden sei, nicht bewahrheitet hat. Man hat den Eindruck, dass eher das Gegenteil eingetreten

ist: nie zuvor ist in den Medien und im politischen Raum soviel über die nationalsozialistische Vergangenheit diskutiert worden wie in den letzten Jahren. 1991 standen wir unter dem Eindruck der von der damaligen Leitung der Gedenkstätte Sachsenhausen versuchten Neudefinition des Ortes als eines Lagers, das »von 1936 bis 1950« bestanden habe. KZ und Speziallager wurden also in einer Kategorie zusammengefasst und es musste der Eindruck einer Renaissance der Ideologeme der kältesten Phase des Kalten Krieges entstehen.¹

Wir übersahen, dass das Ende des Blockgegensatzes zwischen dem »freiheitlichen« und dem »sozialistischen« Lager der nun größer gewordenen Bundesrepublik auch den Schutzmantel weggenommen hatte, unter dem sich Westdeutschland lange Jahre hindurch die Nichtbefassung mit Teilen des nationalsozialistischen Erbes geleistet hat. Jetzt erst konnten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die bis 1989/90 hinter dem »Eisernen Vorhang« gelebt hatten, ihre Forderungen wirksam geltend machen und auf eine positive Resonanz im westlichen Ausland rechnen, die es der Bundesrepublik Deutschland erschwerte, die Frage der Entschädigung weiter dilatorisch zu behandeln. Auch die Abwicklung der großen Gedenkstätten der DDR ist nicht in dem befürchteten Ausmaße erfolgt. In einer Situation, in der durch die Angliederung der DDR an die BRD alte Ängste vor einem mächtigen Deutschland wiederbelebt und gleichzeitig der Furcht vor der »kommunistischen Bedrohung« der Boden entzogen worden war, wäre es außenpolitisch ein fatales Zeichen gewesen, wenn man die großen Gedenkstätten Ostdeutschlands in derselben Manier hätte zugrunde gehen lassen wie die Wirtschaftsbetriebe der DDR. Angesichts der finanziellen Schwäche der ostdeutschen Länder war die Erhaltung von Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen nur mit Hilfe des Bundes möglich, der dadurch zu einem wichtigen Faktor in der Gedenkstättenpolitik wurde. Bis 1989/90 hatte er sich mit dem Verweis auf den Kulturföderalismus im Großen und Ganzen aus der Gedenkstättenproblematik heraushalten können. Nun wurde sein Engagement durch die Diskussion um das zentrale Mahnmal zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden weiter gestärkt. Die Idee zu diesem Mahnmal entsprang zwar einer privaten Initiative, bekam aber ihre nationale Bedeutung durch die Debatten im Bundestag und den Realisierungsbeschluss des Parlamentes. Dadurch wurde die Frage der Erinnerungskultur zentral im politischen Leben des neuen Deutschland verankert.

Denn wie kritisch man auch den jetzt zu verwirklichenden Entwurf von Peter Eisenman betrachten mag und wie richtig der Hinweis auf die authentischen Orte und ihre immer noch nicht gelösten finanziellen Probleme ist, wird man doch zugeben müssen, dass ohne die Debatte um das so genannte »Holocaust-Mahnmal« die Defizite der bisherigen Gedenkstättenpolitik viel schwerer zu thematisieren gewesen wären und es sich viel mühsamer gestaltet hätte, den politischen Entscheidungsträgern die Probleme näher zu bringen.

Die Befürchtung, dass es durch den Zusammenbruch des »realen Sozialismus« zu einem Wiedererstarken faschistischer Bewegungen kommen würde, hat sich leider bestätigt. Da es sich um ein gesamteuropäisches Phänomen handelt, ist dieses Problem auf internationalen Konferenzen auf Regierungsebene verhandelt worden. Wie immer man den Erfolg dieser Bemühungen auch bewertet, es wurde deutlich, dass die Themen, mit denen sich die Gedenkstätten beschäftigen müssen, keineswegs als überholt angesehen werden können.

Wäre nun, was die Arbeit der Gedenkstätten betrifft, alles in bester Ordnung, die Befürchtungen, die 1991 geäußert wurden, gegenstandslos? Es wäre für eine realistische Gedenkstättenpolitik nicht gut, wenn sie die Gefahren übersehen würde, die in dem äußeren Erfolg verborgen liegen. Die Aversion gegen Gedenkstätten und Denkmale, die von Dirk Schümer in der FAZ² über Martin Walser³ bis hin zu Götz Aly⁴ reicht, ist dabei noch die geringste Gefahr. Bedenklicher ist die Tatsache, dass die nationale Akzeptanz zumindest der großen Gedenkstätten sie auch zum Mittel nationaler Politik machen könnte und sie in eine ähnliche Rolle gedrängt werden, die die Gedenkstätten in Ostdeutschland 1989/90 gerade abgestreift haben. Dieses Problem hat, wie alle echten Probleme, nichts mit gutem oder bösem Willen zu tun, sondern spiegelt ein strukturelles Dilemma wider, das die westdeutschen Gedenkstätten von Anfang an begleitet hat. Sie entstanden in der Regel auf Initiative engagierter Gruppen, deren Verantwortung für die Vergangenheit sich mit gesellschaftskritischem Engagement verband. Auf Dauer ist aber eine Gedenkstätte, auch eine kleine, nicht mit ehrenamtlicher Arbeit zu erhalten. Es müssen eine Form der »Verstaatlichung« gefunden und damit auch politische Kompromisse akzeptiert werden. Bei aller Kompromissbereitschaft muß man jedoch darauf achten, dass die Gedenkstätte im Bereich der wissenschaftlichen Erarbeitung und Darstellung der Geschichte des je spezifischen Ortes autonom bleibt. Ein öffentlich-rechtliches Stiftungsmodell hat sich in den Diskussionen nach 1990 als bisher brauchbarstes Modell erwiesen, die staatliche Verantwortung sicherzustellen und gleichzeitig den nötigen autonomen Gestaltungsraum zu erhalten.

Mit dem Engagement des Bundes für die großen ostdeutschen Gedenkstätten und der Einrichtung eines Fonds, aus dem Projekte finanziert werden können, sofern sie nationale Bedeutung haben, verschärft sich das Problem zwischen so genannten »kleinen« und »großen« Gedenkstätten. Die Stärke der Gedenkstättenbewegung in Westdeutschland bestand in ihrer lokalen und regionalen, mithin gesellschaftlichen Verwurzelung. Konflikte um die Erinnerung wurden nicht politisch abstrakt, sondern konkret am Ort ausgetragen und es ist kein Zufall, dass die große Debatte um das so genannte »Holocaust-Mahnmal« am Ende dieses Prozesses stand. Die vielfältigen lokalen und regionalen Auseinandersetzungen haben den Boden bereitet, auf dem die Diskussionen im Bundestag erst möglich wurden. Es wäre eine fatale Entwicklung, wenn im Zuge eines »effizienten Zentralismus« die Verbindungen zu den lokalen und regionalen Wurzeln gekappt werden würden. Es wird auch in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben des Gedenkstättenreferates der Stiftung Topographie des Terrors sein, die Kommunikation im Gesamtbereich der Gedenkstätten sicherzustellen und mit dem GedenkstättenForum im Internet und dem GedenkstättenRundbrief eine Plattform für Austausch und Auseinandersetzung anzubieten.

Die Gefahren des Erfolgs zeigen sich schließlich in einem, große wie kleine Gedenkstätten gleichermaßen betreffenden Phänomen, das man mit Ideologisierung, Verflachung und Instrumentalisierung der Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Faschismus beschreiben könnte. Die an sich richtige Forderung, dass man aus der Geschichte zu lernen habe, ist durchaus zweischneidig. Zu groß ist die Versuchung, mit dem Verweis auf die Gräueltaten des Nationalsozialismus eigene politische Ziele durchzusetzen. Die Stilisierung des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein zum »Wiedergänger Hitlers«⁵ ist noch gut in Erinnerung ebenso wie die Rechtfertigung des grundgesetzwidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien mit dem Argument, dass die

Erinnerung an Auschwitz diese Intervention zwingend gebiete. Diese Art der Instrumentalisierung der von den Nazis Ermordeten verletzt ihre Würde in ähnlicher Weise wie die Auschwitz-Lüge. Der Unterschied ist nur der, dass bei der Auschwitz-Lüge die Beleidigung der Opfer offenkundig ist, während sie sich bei der politischen Instrumentalisierung hinter der scheinbar guten Absicht versteckt. Die politischen Opfer des deutschen Faschismus sind aufgrund sehr unterschiedlicher Überzeugungen verfolgt worden, den rassistisch Verfolgten wurde ihre bloße Existenz zum Verhängnis. Sie als Argumentverstärker in politischen Auseinandersetzungen zu benutzen, macht ihr Schicksal zur Manövriermasse eines politischen Kalküls.

Der Instrumentalisierung der Opfer des Faschismus für politische Zwecke entspricht eine Verflachung der öffentlichen Diskussion, beispielhaft vorgeführt in der Goldhagen-Debatte. Die Hinwendung zur Darstellung des konkreten Verbrechens und der Analyse des Täters ist ja nicht falsch, aber die Herauslösung dieses Komplexes aus der Strukturanalyse der Gesellschaft, die diesen Tätertyp erst hervorgebracht hat, ist ein Schritt zurück.⁶

Die Begeisterung, mit der Goldhagen von einem Teil des deutschen Publikums akzeptiert worden ist, ist Ausdruck des in den Thesen von 1991 konstatierten Rückganges gesellschaftskritischen Denkens. Der von Goldhagen unterstellte völkische Antisemitismus der Deutschen, der unabhängig von jeweiligen politischen Systemen existierte (und logischerweise auch heute noch existieren müsste), verwandelt sich in der Rezeption durch das Publikum in den Gegensatz von »gut« (man selbst) und »böse« (die als Antisemiten Entlarvten). Nun spielen zwar moralische Kategorien bei der Analyse des deutschen Faschismus eine zentrale Rolle, aber sie taugen selbst nicht als analytisches Instrumentarium. Das Böse erklärt den Faschismus nicht, sondern bedarf selbst der Erklärung. Begreifen, was geschehen ist, ist die Voraussetzung dafür, Strukturen zu schaffen, die die Gefahr der Wiederholung faschistischer Herrschaft minimieren.

Die Herauslösung des »Holocaust« aus dem Gesamtzusammenhang faschistischer Herrschaft und die Umformung antifaschistischer Überzeugungen in »politisch-korrektes« Verhalten kann man als Ideologisierung bezeichnen. Ideologien erschweren nicht nur kritische Reflexion, sie versuchen sie möglichst zu verhindern. Wenn eine in der Gedenkstättenarbeit erfahrene Referentin sich auf einer Tagung anhören muss, ihr Hinweis, Fremdenfeindlichkeit könne nicht mit der Geschichte des Holocaust bekämpft werden, sei eine »offensichtliche Walserisierung«⁷, dann wird hier deutlich, dass Probleme nicht mehr diskutiert und wenn möglich gelöst werden sollen, sondern von der Tagesordnung zu verschwinden haben, wenn sie nicht mehr ins ideologische Schema passen.

Eine ähnliche Erfahrung musste das Projekt »Politische Memoriale« machen, das auf dem 33. bundesweiten Gedenkstättenseminar in Schwerin im Juni 2000 seine Konzeption des politischen Memorials, das die Erinnerungszeichen der letzten 200 Jahre umfasst, vortrug und sich in der »Tribüne« den Vorwurf einhandelte, es relativiere die Shoah.⁸ Davon kann zwar keine Rede sein, aber schon eine Perspektivenerweiterung, die sich von der Fixierung auf die zwölf Jahre löst und den Nationalsozialismus in den Kontext der neueren deutschen Geschichte einbettet (und ihn dadurch in seiner Spezifik besonders deutlich werden lässt), reicht aus, um Böses zu vermuten.

Trotz aller skizzierten Gefahren sieht die Situation der Gedenkstätten zehn Jahre nach dem Ende der DDR nicht schlecht aus. Befürchtungen über ihren Bedeutungsverlust

haben sich nicht bewahrheitet. Trotzdem ist die Frage zu stellen, ob die Gedenkstätten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts genügend vorbereitet sind. Diese Herausforderungen können beschrieben werden mit Musealisierung, Internationalisierung und sich änderndem Adressatenkreis. Letzteres scheint mir der interessanteste Punkt zu sein: welche Rolle sollen Denkmäler, die an die Geschichte des Nationalsozialismus erinnern, in einer multikulturellen Gesellschaft spielen? Immer mehr Jugendliche und Erwachsene werden nicht nur keinen lebensgeschichtlichen Bezug mehr zum so genannten »Dritten Reich« haben, sondern aus kulturellen Herkunftsländern kommen, in denen der Nationalsozialismus keine Rolle gespielt hat, oder, soweit es sich um Zuwanderer aus Osteuropa handelt, als Herrschaftsmacht erlebt wurde.

Wenn das *ius sanguinis* bei der Festsetzung der Staatsbürgerschaft endgültig ausgespielt haben wird, werden die Deutschen familiengeschichtlich in bezug auf den Nationalsozialismus ein buntes Gemisch von Tätern, Opfern und Nichtbeteiligten sein. So richtig es bislang war, von der Tätergesellschaft auszugehen und Gedenkstätten auch als Orte der Selbsterforschung eines Volkes zu nutzen, in dem Verweigerer und Widerständler eine verschwindende Minderheit waren, so wenig wird man dies in einer absehbaren Zukunft tun können, wenn sich die Zusammensetzung eben dieses Volkes stark geändert haben wird. Die Konsequenz, Gedenkstätten abzuschaffen, weil man nun ihrer nicht mehr bedürfe, wäre dennoch kurzschlüssig. Der Nationalsozialismus war nicht nur eine spezifische deutsche Herrschaftsordnung, sondern ein rassistischer Gesellschaftsentwurf, der weltweite Geltung beanspruchte und, soweit er seine Vorstellungen im besetzten Europa ansatzweise verwirklichen konnte, auch nichtdeutsche Unterstützung fand. Er gehört somit in die Menschheitsgeschichte der Neuzeit. Seine Gefährlichkeit würde unterschätzt, reduzierte man ihn auf ein deutsches Phänomen.⁹

Gedenkstätten werden als Orte unmittelbaren Zugangs zu einem zentralen Abschnitt der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts weiterhin wichtig bleiben. In dem Maße, wie deutlich wird, dass es sich beim Nationalsozialismus nicht allein um einen Irrweg der deutschen Geschichte gehandelt hat, sondern um ein destruktives Modell zur Neustrukturierung Europas auf rassistischer Grundlage, erscheint eine internationale Vernetzung die logische Schlussfolgerung. Die Diskussion über eine internationale Kooperation steckt noch in den Anfängen. Sie kann mit Hilfe des ICOM geschehen, als Mitglied des im Januar 2001 in Paris unter Federführung der Gedenkstätte Drancy gegründeten »Europe de la Mémoire« oder auf andere, noch zu erkundende Weise.

Die Gedenkstätten werden sich allein durch die vergehende Zeit in zeitgeschichtliche Museen verwandeln, soweit es den historischen Nationalsozialismus betrifft. Sie werden zugleich mit den jeweils aktuellen Faschismen konfrontiert sein. Musealisierung verbindet sich somit mit fortdauernder politischer Herausforderung. Dies ist eine Chance, den vor etwa zwanzig Jahren geprägten Begriff des »aktiven Museums« erneut mit Leben zu füllen.

Frank Dingel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors. Er hat an der Erarbeitung der gleichnamigen Ausstellung maßgeblich mitgewirkt.

- 1 Vgl. auch Gerhard Finn: Sachsenhausen 1936–1950. Geschichte eines Lagers. Bad Münstereifel 1988 (3. Auflage 1991)
- 2 Vgl. Dirk Schümer: Erlebnisraum Holocaust, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1994
- 3 Vgl. Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, Frankfurter Rundschau vom 12.10.1998
- 4 Vgl. Götz Aly: Das Erinnerungsgewerbe expandiert, Berliner Zeitung vom 10. 9. 1999
- 5 Hans Magnus Enzensberger: Hitlers Wiedergänger, Der Spiegel vom 4. 2. 1991
- 6 Goldhagen verbindet seine Kritik an der Strukturgeschichtsschreibung mit denunziatorischer Unterstellung. Bei namentlicher Nennung von Martin Broszat schreibt er: »Through conscious, half-conscious, and unconscious linguistic usage, the perpetrators often, and for some authors, typically, disappear from the page and from the deeds.« Daniel Jonah Goldhagen: Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust. London 1996, S. 475
- 7 Vgl. den Bericht »Über Auschwitz reden, ohne das Vergessen zu beklagen« Frankfurter Rundschau vom 11. 3. 2000
- 8 Vgl. Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Heft 155 (2000), S. 28
- 9 Der Gedanke einer zukunftsorientierten Arbeit der Gedenkstätten ist, mit ähnlicher Begründung, schon von Michael Zimmermann im GedenkstättenRundbrief Nr. 40 vom Januar 1991, S. 7 formuliert worden. Im Anschluss an ein Primo Levi-Zitat, dass das, was geschehen ist, wieder geschehen kann, formuliert er: »Beherzigt man diesen Gedanken, so ist in ihm das – kaum mehr zeitgemäße und gewiss nicht zukunftssträchtige – Gedenken aufgehoben und zugleich universell erweitert: Unser Augenmerk muss unter Berücksichtigung des historischen Erinnerns der Weltgesellschaft gelten und unserer Rolle in ihr.«